

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geçirildi  
1877

Mus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 7

Wg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Mitzensteig-Stadt

Druckpreis: Bei bez. Hof und bei Eigentümern im Monat Juni 1922 16.-, Anzeigerpreis: Die Hefen für alle über deren Raum 1,50 RM., die Restmenge 5 RM., Einzelhefte 1 RM., bei Abbestellung Rabatt. Bei Fernbestellung 10% der Restmenge. Bei Abbestellung 10% der Restmenge.

Nr. 125.

Mitzensteig, Mittwoch den 31. Mai.

Seitgang 1922.

## Ein Trauerakt im deutschen Reichstag.

Berlin, 30. Mai.

Die Reichsfahnen sind auf Halbmaß gezogen. Von der Mitte der Bühne des Sitzungssaales hängt ein großes Banner in den weiß-gelben schlesischen Farben mit dem schlesischen Adler herab. Zu beiden Seiten sind schwarze Trauerbänder befestigt.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsminister a. D. Schiffer, Minister Rathenau und Bauer. Auf der Tagesordnung steht der Gesandtschaftsbericht über das am 15. Mai 1922 in Genf abgeschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien, ferner ein Abkommen mit Polen über den Postverkehr, über die Ueberleitung der Rechtspflege im ober-schlesischen Verwaltungsbereich und über die Grenzübergangsbestimmungen.

Die erste Lesung der Vorlage vollzieht sich ohne Wortmeldung. Bei der zweiten Lesung berichtet

Abg. Hüsch (D.nat.) über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses über das deutsch-polnische Abkommen. Das Abkommen beruht auf der Entscheidung der Völkervereinigung vom 20. Oktober v. J., das von allen Parteien als ein Bruch des Friedensvertrages bezeichnet worden ist. (Sehr richtig.) Im Namen des Ausschusses entledge ich mich hier der Aufgabe, dem Herrn Präsidenten Calonder unseren Dank auszusprechen für die Unparteilichkeit und Sachlichkeit, mit der er die Beratungen geleitet hat. Die Arbeit der deutschen Delegation fand unter einem tragischen Zwang, weil deutsche Intelligenz, deutsches Kapital und deutsche Arbeitsfähigkeit aufgebracht werden mußten, um einem von uns abzulehrenden Land wenigstens einigermassen Lebensmöglichkeit zu wahren. Der Redner gibt weiter einen Überblick über den Inhalt des Abkommens. Das wichtigste ist der Schutz der nationalen Minderheiten. Zu begrüßen ist, daß die deutsche Delegation sich mit Erfolg bemüht hat, diesen Schutz in präzisierter, gesetzlicher Form zu geben. Sie stimmen der Delegation zu, daß wir diesen Schutz lokal ausführen müssen. Den abgetrennten Deutschen rufen wir zu: „Nehmt die mühselig erworbenen Rechte in deutschem Sinne an.“ (Beifall.) Beim Schiedsgerichtsverfahren ist alles geschehen, um zu verhindern, daß hier ein neues Saargebiet entsteht. Der Ausschuss hat den Antrag angenommen, die Rechtsverwaltung hier im Laufe zu wiederholen, die Reichsminister Schiffer vor der Unterzeichnung des Vertrages in Genf gegen die Entscheidung der Völkervereinigung abzugeben hat.

Reichsminister a. D. Schiffer empfiehlt im Auftrag der Regierung die Annahme des Abkommens. Er könne aus voller Ueberzeugung für den Antrag selbst eintreten, wenn er auch nicht vollkommen sei. Es sei zu hoffen, daß das wirtschaftliche und kulturelle Leben des abgetrennten Gebietes durch den Vertrag gefördert werden werde. Die Vergangenheit könne durch diesen Vertrag nicht ausgelöscht werden. Der Umstand, daß in der vom Völkervereinigung eingesetzten Kommission Mitglieder gefehlen hätten, die von Oberschlesien keine Ahnung hätten, sei ein Hochn auf die neue Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das größte Wert der Völkervereinigung dürfe aber nicht zum Deklamation für neues Unrecht werden. Es sei zu wünschen, daß nach der nunmehrigen Einigung sich das deutsche Leben in gänztlicher Weise entwickle. Die deutschen Vorgesetzten, die nunmehr unter eine andere Staatsobacht kämen, sollen die Befassung und die Weisung dieses anderen Staates achten. Aber der Vertrag biete ihnen die Möglichkeit, unbeschadet ihrer Staatsbürgerlichen Pflichten die Traditionen zu pflegen, die sie in ihren Herzen tragen. (Beifall.) Sie sollten Sorge machen, daß ihr gutes Volkstum auch im neuen Lande ihnen erhalten bleibe. (Beifall.)

Abg. Schöck (D.nat.) berichtet über die Ueberleitung der Rechtspflege im ober-schlesischen Verwaltungsbereich von Deutschland, dem sie alles verbleibe, abgeschnitten worden. Ihr deutsches Volkstum würden sie aber nicht aufgeben.

Abg. Stöckh (Soz.) gibt im Namen der sozialdemokratischen Reichsfraktion eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß das vorliegende Abkommen deshalb die Größe des am ober-schlesischen Volks begangenen Unrechts zeige.

Abg. Müller (Zentr.) erklärt namens der Zentrumsfraktion, daß diese für die Ratifikation des vorliegenden Abkommens stimmen werde, wenn auch in der Zustimmung kein Anerkenntnis des Diktats von Genf liege.

Reichskanzler Dr. Wirth dankt den Vertretern, die im Auftrag der Reichsregierung die Verhandlungen geführt haben. Er müsse ausgedehnt werden auf die gesamte ober-schlesischen Bevölkerung, die im Laufe dieser Verhandlungen Leiden zu ertragen gehabt habe. Am Ende dieser Jahre hat die deutsche

Bevölkerung Oberschlesiens eine bewundernswerte Geduld an den Tag gelegt. Der Friedensvertrag habe sich hier nicht als ein Vertrag des Friedens, sondern als Vertrag des Kampfes erwiesen. Der Reichskanzler tritt das Haus, dem vorliegenden Gesandtschaftsbericht zustimmen, damit dem Frieden in Mitteleuropa gebietet werde und nicht neue Verhandlungen notwendig seien. Über einem neuen Staatsverband angehöre, werde diesem nach seinen staatsbürgerlichen Pflichten dienen müssen. Niemand könne aber dessen Volkstum wehren, seine eigene deutsche Zusammengehörigkeit auch in Zukunft zu pflegen. Die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit der deutschen Einheit würde niemals in deutschen Herzen untergehen. (Beifall.)

Abg. Frau Sander (U.S.P.) bezeichnet das Abkommen als Konsequenz eines Beschlusses, der vernunftwidrig und widerrechtlich gefaßt worden sei, und der die Trennung dessen bedeute, das wirtschaftlich zusammengehöre.

Abg. Herat (D.nat.) gibt eine Erklärung der Deutschen nationalen Volkspartei ab, in der anerkannt wird, daß der Vertrag eine Gestalt erfahren habe, bei der das Interesse der ober-schlesischen Bevölkerung und des Reiches möglichst gewahrt worden sei.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben gibt das Ergebnis ab, daß unüberwindlich der Glaube bestehen bleiben soll an die Wiedervereinigung mit dem Vaterlande in einer besseren und glücklicheren Zeit. Der Redner lehnt den Genfer Vertrag ab.

Abg. Pohlmann (Dem.) erhebt Verwahrung gegen die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich, stimmt aber den Vertragsbedingungen zu, nicht rückblickend, sondern vorwärts schauend, auf den Stern des Deutschen Reiches vertrauend.

Abg. Gumminger (U.S.P.) spricht die Erwartung aus, daß die Deutschen in Polen gerecht behandelt werden. Er erneuert die Verwahrung gegen die Teilung Oberschlesiens.

Abg. Hülsin (Komm.) spricht unter lebhaften Enttäuschungsrufen der anderen Parteien von einem nationalitätlichen Kummel. Er lehnt das Abkommen ab.

Die Verträge werden darauf in 2. und 3. Lesung gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen, und zwar mit zwei Drittel Mehrheit.

Präsident Ebe gibt noch einmal im Namen des Reichstages dem Schmerz über die Trennung von dem ober-schlesischen Volksteile Ausdruck. Unvergänglich möge die Treue haben und drüben sein, unvergänglich die Rechtsverwaltung, die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt habe.

Die 2. Sitzung nimmt um 2 Uhr ihren Anfang.

### Nachmittags-Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Auf Anfrage des Abg. v. Schöck (D.nat.) gibt Delegationsrat Friedberg zu, daß der Arbeiter Wagner in Bodenheim am Rhein im Jahre 1919 von einem französischen Kanonier, dem er den Zutritt zu einer Wirtshaus pflichtgemäß verweigert hatte, erschossen worden ist. Der Täter wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Entschädigungsanträge für die Witwe und 5 Kinder sind geltend gemacht, aber noch nicht geregelt.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Koff (D.nat.) zu dem Fall der Entziehung eines 17jährigen Mädchens durch einen belgischen Gendarmen in Duisburg teilt Oberregierungsrat Dr. Mayer mit, daß der betreffende Gendarm zu 7 Jahren Zuchthaus, Degradation, Ausschluß aus dem Heere, sowie zu 5000 Franken Geldbuße verurteilt worden sei. Es sei nicht bekannt, ob den deutschen Behörden eine amtliche Nachricht zugegangen sei.

Staatssekretär Frhr. v. Weser teilt auf eine Anfrage des Abg. Schöck (Soz.) mit, daß eine Kommission, bestehend aus Ministerialdirektor Dammann, Minister Krause und 4 Ministerialräten, die Verkehrsverhältnisse an der deutsch-schweizerischen Grenze prüfen müssen, daß die Besprechungen überwiegend während der Fahrt hätten erfolgen müssen und daß deshalb ein Eisenbahnwagen als Beratungsraum hätte benutzt werden müssen.

Abg. v. Guérard (Zentr.) weist auf die Kosten hin, die Länder und Gemeinden durch die Bearbeitung der Besetzungsangelegenheiten zu tragen hätten und verlangt deren Uebernahme durch das Reich. Ein Regierungsbereiter erklärt darauf, daß die Regierung bereit sei, die Kosten in voller Höhe zu übernehmen.

### Die politische Aussprache

wird darauf fortgesetzt.

Abg. Dr. Goetsch (D.nat.) weist darauf hin, daß von der wichtigen Frage der Reparation in Genf nicht gesprochen worden sei. Einen Tag vor dem Ber-

trattage wisse man nicht, welche Vorschläge die deutsche Regierung der französischen zu unterbreiten habe. Die deutsch-nationale Fraktion beantrage deshalb folgendes: „Der Reichstag mißbilligt das Verfahren der Regierung bei den Reparationsverhandlungen, das mit den Rechten des Reichstages nicht vereinbar ist. Deshalb verweigert der Reichstag der Regierung das Vertrauen, dessen sie verfassungsmäßig bedarf.“ Das französische Parlament befolge nach wie vor die Politik Poincarés, die auf Zerstückung Deutschlands hinstrebe. Die unvermeidbare Schwankung Poincarés sei eine Folge der Verschiebung in der auswärtigen Politik anderer Länder, nicht eine Folge der deutschen Erfüllungspolitik. Die Drohung mit Sanktionen sei ein glatter Bruch des Vertrages; demgegenüber bedeute die deutsche Note vom 9. Mai den Beginn des Umfalls. In dem gegebenen Augenblick den deutsch-russischen Vertrag abzuschließen sei seiner Meinung nach richtig gewesen. Jede bolschewistische Agitation in Deutschland müsse unterbleiben. Für den Nord am Grafen Mirbach müsse Genugtuung gegeben werden. Gegen die Einwanderung der Juden seien Maßnahmen notwendig. Den russischen Emigranten sei weiter die Gastfreundschaft sicherzustellen, ganz gleich, ob sie Monarchisten oder Revolutionäre seien. Für die Ausführung des Vertrages verlange man Rechtsgarantien. In der Reparationsfrage würden die Deutschnationalen die schärfsten Gegner dieser Regierung sein und bleiben.

## Neues vom Tage.

### Die deutsche Note an die Wiederherstellungskommission.

Frankfurt a. M., 30. Mai. Aus Paris wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Die deutsche Note an den Wiedergutmachungsausschuss ist von einem Sonderkurier nach Paris überbracht und Montag nachmittags 2 Uhr von Staatssekretär Fischer der Wiedergutmachungskommission überreicht worden. Der Wiedergutmachungsausschuss trat unmittelbar darauf zu einer Sitzung zusammen, um über die deutsche Note zu beraten. Bis zur Stunde ist weder über den Inhalt der deutschen Note noch über die Beurteilung durch den Wiedergutmachungsausschuss eine amtliche Mitteilung erfolgt. Die Auffassung in den maßgebenden Kreisen dürfte der „Antragsgegner“ zutreffend wiedergeben, wenn er schreibt, daß, wenn die Note auch nicht in allen Einzelheiten den Wünschen und Forderungen des Wiedergutmachungsausschusses entspräche, sie doch die Tür zu weiteren Verhandlungen offen lasse, die sich in der Hauptsache auf die Vorbehalte beziehen würden, an die die deutsche Regierung ihre Zugeständnisse geknüpft habe. Die weiteren Verhandlungen dürften jedenfalls in enger Verbindung stehen mit den Beratungen über die Flüssigmachung eines Teils der deutschen Schuld durch eine internationale Anleihe. Auch die Reise des holländischen Mitgliedes des Anleiheauschusses nach Berlin hängt damit zusammen. Das Blatt faßt sein Urteil, das im wesentlichen der Auffassung der amtlichen Stellen entsprechen dürfte, dahin zusammen, daß das Barometer jedenfalls nicht mehr auf Sturm stehe, und daß der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nicht mehr ernst ins Auge gefaßt wird. Die „Liberte“ will wissen, daß die Vorbehalte, die von dem Wiedergutmachungsausschuss als unannehmbar angesehen würden, darin bestünden, daß Deutschland die Stilllegung der Rentenpreise von dem Zustandekommen der internationalen Anleihe abhängig macht und außerdem fordert, daß aus dem Ergebnis dieser Anleihe bereits die für das Jahr 1922 noch zu zahlenden 350 Millionen Goldmark aufgebracht würden. Der „Antragsgegner“ meint dazu, diese Frage könne um so weniger zu ernsthaften Schwierigkeiten führen, als die deutschen Unterhändler sich hätten überzeugen können, daß der Wiedergutmachungsausschuss für den Fall eines Scheiterns der Anleiheverhandlungen bereit sei, Deutschland eine Vermehrung seiner Papiergeldausgaben bis zur Höhe des für den Rest des Jahres geschuldeten Wiedergutmachungsbeitrags, das sind etwa 20 Milliarden Papiermark, zu gestatten.

### Die Vereinbarung zwischen Herms und Bradbury.

Frankfurt, 30. Mai. Die vorläufige Vereinbarung, die in Paris zwischen Reichsfinanzminister Herms und Bradbury getroffen und zur Unterlage der gestern in Paris überreichten deutschen Note gemacht wurde, hat, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erfährt, folgenden Inhalt: Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen Finanzverhältnissen solche Anstrengungen nicht durchzuführen werden können, wenn Deutschland nicht

eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen: 1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag. 2. Wenn am 31. Juli 1922 oder am letzten Tage einer der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld Deutschlands den normalen Höchstbetrag übersteigt, so werden Schritte getan werden, um sicher zu stellen, daß die Ueberföhrung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder a) mit Hilfe von Einlagen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Einlagen verfügbar sein sollten, oder b) durch die Aufnahme von Krediten auf anderem Wege als dem der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht. Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der 3 Monate noch den normalen Höchstbetrag übersteigt, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau eines neuen Systems einbringen, und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr, oder wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen 6 Monaten ein Betrag geschaffen wird, welcher nicht geringer ist als der bereits vorhandene und jene bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberföhrung. Das vorliegende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgender Maßnahme: a) Solange noch keine Einlagen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung und Verschöpfung auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, daß und in wie weit eine Ueberföhrung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermarkenwertes vorläufig der auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet. b) Alle Einlagen und auswärtigen Anleihen sollen bis zur völligen Zurückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrage hinzugerechneten Betrages verwendet werden und zwar mit dem Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu leistenden Verbindlichkeiten und solcher anderer Lasten, hinsichtlich deren die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt. Berlin, 26. Mai 1922.

#### Gegen Sonderbündelei.

Frankfurt a. M., 30. Mai. Die gestern hier versammelten Vertreter aller Parteien Nassaus (mit Ausnahme der Kommunisten) erklärten einstimmig gegenüber der auch in der letzten Zeit in Nassau fast betriebenen Werbetätigkeit von Sonderbündelern wie Smeets, Docten und Genossen und der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung der Bevölkerung, daß sie um keinen Preis, selbst nicht um den der Zurückziehung der Besatzungstruppen oder der Verminderung der Kriegslasten, geneigt sind, ihre Treue zum Deutschen Reich und Preußen zu verkaufen. Sie sind fest entschlossen, jeden Versuch einer hochverräterischen Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf entschiedenste entgegenzutreten und für alle Zeit mit dem Deutschen Reich verbunden zu bleiben.

#### Das deutsch-russische „Geheim“-Abkommen.

London, 30. Mai. Im Unterhaus fragte Viscount Curzon den Premierminister, ob die Regierung irgend einen Grund zu der Annahme habe, daß ein militärisches Abkommen zwischen der deutschen und der Sowjetregierung zustande gekommen sei. Lloyd George antwortete, daß Nachforschungen angestellt worden seien. Bedauerlicherweise habe er jedoch noch keine

Informationen erhalten. Diese Frage werde nicht aus dem Auge gelassen werden. Das Parlamentsmitglied Kemworth fragte hierauf, ob Lloyd George nicht in einer Versammlung am Donnerstag mitgeteilt habe, daß das ganze eine Ente sei. Lloyd George erwiderte: „Ich nahm damals Bezug auf Dokumente, die in der Presse veröffentlicht worden sind.“ Das Parlamentsmitglied Billhorne fragte, ob der Premierminister keinen Grund zu der Annahme habe, daß ein Militärabkommen zwischen diesen beiden Ländern bestehe. Das Parlamentsmitglied Wood rief: Natürlich besteht ein solches Abkommen. Lloyd George gab keine Antwort.

#### Erörterung im französischen Senatsauschuss.

Genf, 30. Mai. Der französische Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten beendete gestern unter Vorsitz unter Donnerquies die Erörterung der auswärtigen Lage. Der Ausschuss nahm noch die Mitteilungen des Finanzministers de Lasteyrie entgegen, wonach die neue Frist an Deutschland der letzte Versuch sei, ohne Anwendung von Gewalt Deutschland zur Erfüllung des Versailler Vertrages zu bewegen. De Lasteyrie sprach auch über die Haltung Frankreichs im Falle abermaliger Nichterfüllung der Frist und über die Verteilung der sogenannten internationalen Anleihe auf die Ansprüche der Verbündeten. Der Senatsauschuss sprach einstimmig sein Vertrauen zur Politik der Regierung aus.

#### Eine neue Revolution in Mexiko?

Paris, 30. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington verlautet dort gerüchelt, daß in Mexiko unter Führung von Felix Diaz eine neue Revolution ausgebrochen sei. Das Gerücht sollte zeitlich zusammen mit Vertrauensäußerungen des nordamerikanischen Präsidenten Harding in die Energie des mexikanischen Präsidenten Obregon. Man betrachte Obregon als stark genug, gegen die angeblichen Verschwörer zu kämpfen.

#### Neue Enthüllungen zur Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Berlin, 29. Mai. Der „Vorwärts“ veröffentlicht das Protokoll einer Aussage, die der bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs viel genannte Jäger und spätere Sergeant Ruge heute auf der „Vorwärts“-Redaktion abgegeben hat. Danach behauptet Ruge unter Hinweis auf eine hohe Prämie zum Nord angestellt worden zu sein, und zwar durch drei Offiziere, unter denen auch der Oberleutnant v. Pflug-Harung sich befunden habe. Ein Leutnant Krull soll beim Abtransport der Frau Luxemburg auf das Trittbrett gesprungen sein und in unmittelbarer Nähe der Nürnberger Straße der Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf gefügt haben. Ebenso sei der Mordversuch und die Erschießung Liebknechts abgekartetes Spiel gewesen.

Ruge erklärte weiter, man habe ihn auch zur Ebtung eines Redakteurs der „Roten Fahne“ veranlassen wollen und habe ihn später gezwungen, die Flucht zu ergreifen. Auch die Kriminalbeamten, die ihn später verhafteten, hätten ihm Schweigegeißel angeboten, und auch der Untersuchungsrichter sei ihn in gedungen, die Wahrheit zu verheimlichen. Der „Vorwärts“, der sich heute jeden Kommentars enthält, verspricht für morgen eine Fortsetzung der Enthüllungen, die zunächst wohl mit Vorsicht aufgenommen werden müssen.

#### 28. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker.

München, 30. Mai. In München begann gestern vormittag in Anwesenheit von rund 2500 Teilnehmern aus dem ganzen Reiche die 28. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker. Der Verbandsvorsitzende, Direktor Werner von dem Siemens-Schudertwerke, eröffnete die Versammlung und verwies auf die riesenhafte Entwicklung der deutschen Elektrotechnik, die uns die Mächtigkeit der ganzen Welt eingetragen habe. Leider seien die Leistungen des letzten Jahres noch hinter denen von 1913 zurückgeblieben.

nen, was den Folgen der Streiks auszuweichen sei, besonders dem Metallarbeiterstreik und dem achtstägigen Eisenbahnerstreik. Freudig begrüßte der Redner den Abschluß des Vertrages von Rayallo, womit die deutsche Reichsregierung zum ersten Mal den Mut zur Vollbringung einer eigenen Art bewiesen habe. Der Redner gestellte den Versailler Vertrag als notwendige Expression am deutschen Volk. Dem französischen Vernichtungswillen müssen die deutschen Arbeitskräfte entgegen gesetzt werden. Es wurden zahlreiche Begrüßungsansprüche genehmigt, so auch von Staatssekretären der Reichspost, des Reichsverkehrsministeriums und dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Verchenfeld.

Berlin. Ueber die deutsche Antwortnote an den Wiederherstellungsausschuss des Feindbundes sind im Auslande eine Unmenge von Gerüchten durchgeföhrt, deren Nachprüfung bei der Vorenthaltung der Grundlagen durch die deutsche Regierung gegenwärtig unmöglich ist. Im allgemeinen kann man sagen, daß sowohl in Paris wie auch in London der Eindruck ist, daß durch die deutsche Antwort zum mindesten eine Besprechungsgrundlage geschaffen worden ist.

London. Lloyd George hat seine für Montag erwartete Rede über die Reparationsfrage und das englisch-französische Abkommen nicht gehalten und auf einige Tage verschoben, da augenblicklich die Verhältnisse in Irland seine ganze Aufmerksamkeit beanspruchten. Die englisch-irische Konferenz fand wegen Meinungsverschiedenheiten in der britischen interparlamentarischen Kommission nicht statt. Lloyd George konferierte gestern vormittag mit den englischen Unterzeichnern des Vertrages vom 6. Dezember. Die irischen Delegierten waren nicht anwesend. — Churchill bemerkte im Parlament, daß es noch nicht in die Pfingstferien eintreten könne. Auf Verlangen des Ministerpräsidenten sei ein Zerwürf nach Londonberg entsandt worden, da Truppenkonzentrationen der Republikaner bemerkt worden seien. Weitere Verstärkungen würden, wenn nötig, folgen. Bei Fernanagh hat ein Gefecht zwischen Regierungstruppen und republikanischen Freibeutern stattgefunden.

## Aus Stadt und Land.

Montag, 31. Mai 1922.

— Neuer Fahrplan. Am 1. Juni ds. J. tritt ein neuer Fahrplan in Kraft. Hierzu werden neu ausgeben: Die Aushangfahrpläne der Eisenbahn-Gesellschaft Stuttgart und der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee, sowie der kleine (gelbe) und der große (rote) Taschenfahrplan im bisherigen Umfang.

— Auf der Bahnlinie Ragold—Wiensteig tritt, wie wir heute noch mitgeteilt wird, folgende Aenderung ein: Zug Nr. 57 Ragold ab 7.01 Uhr abends, Wiensteig an 8.10 Uhr hat ab 1. Juni keine Personenbeförderung mehr.

— Todesfall. An Blutvergiftung starb im 17. Lebensjahr infolge eines Spritzens an einem Finger, der in der Möbelfabrik J. Walz beschäftigt war, der Sohn der Frau Schwarz, hier. Der Verstorbene war ein sehr ordentlicher junger Mann, dessen tragisches Schicksal hier allgemein herzliche Teilnahme findet.

— Eröffnung der Schwurgerichtssitzungen. Die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen des III. Vierteljahrs 1922 beginnen in Tübingen am Montag, den 3. Juli 1922, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, Rottweil am Montag, den 3. Juli 1922, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr. — Zu Wortgehenden sind genannt worden, bei dem Schwurgericht Tübingen Landgerichtsdirektor Dr. Kapff, bei dem Schwurgericht Rottweil Landgerichtsdirektor Rau.

### ERZÄHBL.

Laß uns die Götter bitten um ein einfach Ders,  
Sax leicht erträgt sich dann ein einfach Loos!

## Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Hilde.

(37)

(Nachdruck verboten.)

„Immer mehr eine willenlose Beute der Verzweiflung stand die Lammitin stumm durch lange Minuten; ohne es zu wissen, ergriff sie dann die ihr herztlich entgegengetreckte Hand des Amtsrates. „Ich kenne mich selbst nicht mehr, bin ich irre an mir geworden,“ gestand sie mit zuckendem Munde. „Oft in stiller Nacht klagt es mich an, ich sei nicht besser wie der Buchhändler, weil ich in dem unschuldigen Kind allen Glauben und alles Vertrauen ebenso gemordet habe wie er meines Vaters Leben. . . und oft hab' ich mir dann schon geschworen gehabt, anders zu werden und meinem Kinde Liebe zu geben, so viel Liebe wie ein verschütteter Brunnen noch Wasser spenden kann. Wenn's dann aber wieder Tag geworden war, da war auch der Dax wieder da und ich konnte nicht gegen ihn an. . . und hatt' ich nicht recht mit meinem Dax?“ schrie sie in ihrer Leidenschaftlichkeit, starr den Blick geraden gerichtet, „lebt des Vaters Berruchtheit nicht in seines Kindes Herzen fort? . . . Ich hab' meinen zweiten Mann nicht lieb gehabt, darin habe ich ihm wohl schuldig bleiben müssen, lieben konnte ich eben nur einmal im Leben. Aber dankbar bin ich ihm gewesen, weil er so treu und gut zu mir war und mir Frieden an seiner Seite gegeben hat. . . und nicht einmal den hat mir der Inhold vergönnt. Zum andern Mal ist er mordend in mein Leben getreten, sein eigen

Kind hat er mit in das Verderben gezogen, denn das ist so sicher wie der helle Tag, darauf will ich meine ewige Seligkeit wagen und verdammt sein, ist's nicht wahr, das junge Weib und ihr Mann, sie haben gleiche Schuld mit dem Buchhändler!“

In maßloser Erbitterung, während jede weiche Note aus ihrem Angesicht wieder gewichen, wendete sie sich, die Hände über die Brust gefaltet, neuerlich an den Amtsrat. „Soll ich nun keinen Frieden mehr haben, so bitt' ich Sie, machen Sie die Liebe an meinem Glück auch friedlos. . . sie sollen nichts vor mir voraus haben, so elend sollen sie werden wie ich's durch ihre Schuld geworden bin!“ Sie konnte nicht länger die ihre Augen verdunkelnden heißen Tränen verbergen, und um sich nicht vor den Beamten sehen zu lassen, wendete sie sich und verließ eilig das Zimmer.

Eine geraume Weile, nachdem sich die Tür hinter der Lammitin geschlossen, blieb es noch still im Raum. Betreten, den eigenen Empfindungen nachhängend, verharren die Beamten wortlos. Schließlich meinte der Kreisarzt mit einem ungeduldigen Achselzucken: „Die Frau ist mir unheimlich mit ihrem Dax. Ich will Ihnen etwas sagen, Amtsrat, das Nervenfieber steckt ihr noch im Gehirn, so lange es auch schon her ist, sie ist ausgesprochen schwermütig, und mich soll's nicht wundern, kommt es bei ihr zu einer Katastrophe.“

„Mag sein, jedenfalls ist sie tief unglücklich. Seit heute weiß ich, daß die Martern, die sie wahrheitsgemäß andern auferlegt, nicht im Hinblick auf die von ihr selbst erduldeten sind. Auch ich fürchte für sie, die von ihr zur Schau getragene starre Ruhe und Selbstbeherrschung ist trügerisch. Sie als ihr Hausarzt dürften gut tun, ein Augenmerk auf sie zu haben.“

Langsam traten sie durch den Verbindungsgang in die Gaststube. Außer einem wachhabenden Po-Kästen befand sich niemand in der weiten Zimmerstube da Unbefugten streng der Zutritt verweigert geblieben war.

Martini hatte die Taschenuhr gezogen; wie er sie unwillkürlich mit dem Zifferblatt der über dem Büfett hängenden großen Wanduhr verglich stuzte er. „Die Uhr dort muß stehen geblieben sein,“ stellte er fest. „Ihre Zeiger zeigen auf neun Minuten über fünf Uhr und wir haben knapp zwei.“

„Das wundert mich, sie geht doch vierzehn Tage und die Lammitin zog sie gestern abend gerade auf als ich hereinkam — nicht wahr, Frau Bindewald?“ wendete Dr. Fandler sich an die eben wieder zur Tür Hereinkommende.

Diese schien nach außen hin wieder völlig gefasert, ja gleichgültig. Sie nickte nur und trat an das dreiteilige Büfett heran. Zu beiden Seiten befanden sich weißläufige Glasfächer, im mittleren Glasfach waren ganze Flaschenbatterien untergebracht: in dem darüber befindlichen, bis an die Zimmerdecke ragenden hölzernen Schmudauffay war die große Uhr eingelassen.

Kopfschüttelnd näherte sich Frau Bindewald dem Büfett. „Das begreife ich nicht, natürlich zog ich die Uhr auf, sonst besorgt es immer mein Mann, aber weil er doch nicht da war —“ Sie unterbrach sich noch ruhiger. „Hier, der Flaschenschrank ist aufgebrochen worden,“ sagte sie, griff in ihre Tasche und holte den Schlüsselbund hervor. „Sehen Sie, hier ist der Schlüssel dazu. Ich zog ihn gestern vor der Befahrung ab, weil ich Franz nicht in Versuchung führen wollte; so brav er auch war, konnte er noch Männerrecht einem guten Trunk doch nicht widerstehen.“

Die Männer traten hinzu. Ohne Schwierigkeiten ließ sich feststellen, daß die dünne Holzeinfassung der Glasstür gewaltsam aufgesprengt worden war, vermutlich mittels eines starken Messers, das durch die Ritze gedrängt worden war; wenigstens lag ein solches noch neben dem Büfett, es stammte aus dem unter dem Glasfach blauen Messerfach.

Fortsetzung folgt.





Altensteig-Stadt.

# Brotarten-Abgabe

Donnerstag den 1. Juni d. J., von 8-11 Uhr  
vormittags.  
Die Marken müssen sofort nachgezählt werden, da keine  
Nachlieferung statifindet.  
Den 31. Mai 1922. Stadtschultheißenamt.

## Die Bäcker-Innung Nagold-Altensteig

hat ab 1. Juni die:

### Brot- und Backpreise

wie folgt festgesetzt:

Freies Brot (ohne Marken) 2 Pfd.	15.— Mk.
Weißbrot 1 Pfd.	12.— "
1 Paar Wecken	3.— "
1 Milchbrot und Brezel pro Stück	1.50 "

#### Backpreise:

Mehl zum Verbacken das Pfd.	70 Pfg.
Brot backen das Pfd.	60 "
1 Kuchen von 1 Mk. bis 1 Mk. 50 Pfg.	je nach Größe.

Die Bäcker-Innung.

Altensteig, 30. Mai 1922.

## Todes-Anzeige.



Tieferschüttert geben wir Verwandten und  
Bekanntem die traurige Mitteilung, daß uns unser  
innigstgeliebter Sohn, Enkel und Nefle

### Otto

im Alter von 16 1/2 Jahren durch einen uner-  
warteten, schnellen Tod entziffen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
die tiefgebeugte Mutter:

**Maria Schwarz Witwe**

der Großvater:

**J. G. Eng, Glasmeister.**

Beerbigung Donnerstag nachm. 2 Uhr.

## Dankfagung.



Für die vielen Beweise von Teilnahme, die  
wir während der Krankheit und beim Hinscheiden  
unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

### Luise Stichel

erfahren durften, sagen wir herzl. Dank. Be-  
sonderen Dank Herrn Prediger Neuhäuser für die  
Krankensuche und seine Worte am Grabe, dem  
Gesang- und Posaunenchor der Methodistenge-  
meinde, die den letzten Gang unserer lb. Toten  
auf so innige Weise verschönt haben.

Altensteig, 31. Mai 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Altensteig.

## Auslandszucker

trifft in Bälde ein u. nehme ich Bestellungen  
entgegen.

**Paul Beck.**

## Fußschweiß-Krem Fußschweiß-Puder

empfehl.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig  
und Filiale Simmersfeld

Egenhausen — Pfalzgrafenweiler.

## Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Be-  
kannte zu unserer am

Donnerstag, den 1. Juni 1922

stattfindenden kirchlichen Trauung freundlich einzu-  
laden.

### Hans Broß

Lehrer-G.H.-Arb., Sohn des † Johannes Broß, Gärtner  
und seine Braut

### Emilie Hayer

Tochter des Christian Hayer, Schneidermeisters.

Rückgang um 1 Uhr in Pfalzgrafenweiler.

Altensteig.

## Gelegenheits- Kauf.

Habe eine größere Partie  
leichtere

## Reishappen

zum Preis von M. 10.—  
abzugeben.

**Karl Henkler sen.**  
Eisenwarenhandlung.

Simmersfeld.

Verkauf am Donnerstag  
Abend 6 Uhr eine

## Eiche

0,42 Festmeter, sowie einige

## Wagner- stangen

an der Straße Simmersfeld-  
Altensteig

Fritz Keller.

Altensteig.

## Prima bairischen Alpen- Kräuter- Käse

in kleinen Stücken zum  
Reiben

empfehl. von feiner Sendung

**Fritz Bühler jr.**

Ein gut erhaltenes

## Fahrrad

hat zu verkaufen  
wer? sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Einen breckis neuen

## Zylinderhut

hat zu verkaufen wer? sagt  
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wart.

□ Eine kräftige

## Kalbin



odere ein Paar leicht angewöhnte

## Stiere

steht dem Verkauf aus

Dürz z. Hirsch.

## ? Wer ?

erbitte Nachricht im Eng-  
lischen. Gest. Zuschriften  
unter T. K. 11 an die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

Egenhausen.

## Balmin

und

## Kunsthonig

empfehl.

**J. Kalltenbach.**

Suche geordnete, ältere

## Mädchen

das einfach kochen, nähen u.  
st. den kann für Hausarbeiten  
in kleineren, einfachen Haus-  
halt. Lohn und Alter an-

Enthal,  
Rud. d. B. 138.

Unseren werten Kunden zur gefl. Kenntnis,  
daß nachstehende lang erwartete noch preiswerte  
Waren eingetroffen sind:

## Bettüberwurfdecken. Betttücher, Satin-Schürzenstoff

### Handarbeiten

in vielen Arten und  
für jede Geschmacksrichtung.

## Westengürtel, Badehosen, Wandspiegel

mit gewöhnlichem und geschliffenem Glas.

Ferner empfehlen wir zu bekannt billigen Preisen:

Strohüte, Feldflaschen  
Sporthemdenstoffe  
Sportmützen, Sommersocken  
Sommerjuppen,  
Sonn- und Werktagshosen.

### Kaufhaus

Willibald Kittel, Nagold.



Alleinige Hersteller  
**GLOCKER & TUTEUR**  
PFORZHEIM

## Apfelico

der vollkommenste Mostersatz darf in  
keinem Hause fehlen u. ist in Flaschen  
zur Bereitung von 50 u. 150 Liter bei der

Allein-Verkaufs-Niederlage  
**Chr. Burghard jr. Altensteig**  
zu haben.

Altensteig.

## Schenernbarn

für Heu und Stroh zu mieten gesucht.  
**Friedrich Schable.**

## Für Kolonialwarenhändler, Wirte etc.! Sonder-Angebot!

Ea. 50 000 Zigarren  
Ea. 200 000 Zigaretten  
sowie einige Zentner Tabake } erprobte Qualitäten  
gibt zu Original-Fabrikpreisen ab

**Eugen Merkt, Tabakwaren-Import, Nagold**  
Pfeifen, Spigen, Tabaksboxen, größte Auswahl.

Nagold u. Egenhausen.

## Drogen und Chemikalien

zu billigsten Preisen kaufen  
will, gehe zu die

**Löwen-Drogerie Gbr. Benz**  
Hauptgesch.: Filialdrogerie:  
Nagold, Egenhausen.

Städt. v. Deutsch. Drog. Ver-  
bandes v. 1873.

Schwaben.

Egenhausen: Jakob Seigl,  
Baumarkt, 84 J. alt.

